

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887**

12.1.1887 (No. 10)



# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 12. Januar.

Nr. 10.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen im Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

## Amtlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 30. Dezbr. v. J. ist Folgendes bestimmt worden:

3. Badisches Infanterie-Regiment Nr. 111: Dr. Gillmeister, Oberstabsarzt 1. Klasse und Regimentsarzt vom 6. Brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 52, in obiges Regiment versetzt.
1. Bataillon (Freiburg) 5. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 113: Dr. Reinhold, Unterarzt der Reserve, zum Assistenzarzt 2. Klasse der Reserve befördert.
1. Bataillon (Donauwörth) 6. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 114: Dr. Kienle, Unterarzt der Reserve, zum Assistenzarzt 2. Klasse der Reserve befördert.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 6. d. M. ist Folgendes bestimmt worden:

4. Westfälisches Infanterie-Regiment Nr. 17: Baron v. d. Solz, Seconde-Lieutenant, unter Beförderung zum Premier-Lieutenant in das 3. Ostpreussische Grenadier-Regiment Nr. 4 versetzt.

## Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 11. Januar.

Die Abgeordneten der bulgarischen Sobranie machten gestern auch dem französischen Ministerpräsidenten Goblet ihre Aufwartung, der ihnen, nachdem sie am Tage vorher vom Minister des Auswärtigen empfangen worden waren, natürlich nichts Neues sagen konnte. Herr Goblet betonte denn auch auf die Anekdote des Sprechers der Deputation, daß er den Erklärungen des Herrn Florens nichts hinzuzufügen habe. Er führte aus, die französische Republik habe Sympathie für die Freiheitsbewegung aller Völker, aber sie müsse vor Allem ihre eigenen Interessen wahrnehmen und ein besonderes französisches Interesse in der bulgarischen Frage, welches eine Einmischung Frankreichs in dieselbe rechtfertigen würde, existiere nicht. Frankreich stehe mit den Mächten, die an der Lösung der bulgarischen Frage zunächst theilhaftig seien, in freundschaftlichen Beziehungen. Es könne nur eine schnelle und vortheilhafte Lösung der bestehenden Schwierigkeiten wünschen, die gegenwärtig eine Quelle der Unruhe für ganz Europa seien. Die ganze Audienz dauerte nur sehr kurze Zeit. Die bulgarischen Delegirten dürften aus Paris den Eindruck mit fortnehmen, daß die französische Regierung entschieden an dem Prinzip der Nicht-Einmischung in die bulgarische Angelegenheit festhält, so lange der Verlauf dieser Angelegenheit nicht internationale Abmachungen berührt. Daß die öffentliche Meinung in Frankreich den von den Ministern vertretenen Standpunkt adoptirt, wurde schon gestern hervorgehoben; es spiegelt sich dies in den Äußerungen der Blätter wieder, die, wie eine Meldung aus Paris besagt, die von Herrn Florens abgegebenen Erklärungen durchaus billigen.

Nachdem die Gefahrentarife der **Berufsgenossenschaft** en genehmigt worden sind, sind nunmehr die Berufsgenossenschaften von dem Reichsversicherungsamt aufgefordert worden, das im § 28 Absatz 5 des Unfallversicherungsgesetzes vorgesehene **Unfallverzeichnis** vorzubereiten. Das Verzeichnis soll außer der Zahl der in Rücksicht zu ziehenden Unfälle auch die Belastung zum Ausdruck bringen, welche der Genossenschaft aus den Unfällen je nach ihren Folgen (vorübergehende Erwerbsunfähigkeit, Todesfall, theilweise Invalidität, gänzliche Invalidität) erwächst. Besonderen Wert legt das Reichsversicherungsamt auf die Förderung der Zwecke der Unfallverhütung durch eine geeignete statistische Bearbeitung des den Berufsgenossenschaften zu Gebote stehenden Unfallmaterials. Zur Erreichung dieses Zweckes bieten sich zwei Wege, einmal die Einleitung einer Bearbeitung der Unfallstatistik seitens der Berufsgenossenschaften nach gewissen einheitlichen Gesichtspunkten, sodann eine Bearbeitung des Unfallmaterials der Berufsgenossenschaft seitens des Reichsversicherungsamtes. Zur Gewinnung eines Urtheils darüber, welcher von diesen beiden Wegen vorzuziehen sei, hat das Reichsversicherungsamt die Berufsgenossenschaften aufgefordert, die etwa von ihnen aufgestellten Schemata für die Unfallstatistik im Hinblick auf die Zwecke der Unfallverhütung mitzutheilen und denselben den Entwurf einer für den zweiten Modus der Statistik nöthigen Unfallstatistik zur gutachtlichen Äußerung überhandt. Im Falle einer Bearbeitung des Unfallmaterials durch die Centralstelle würde eine Klarstellung derjenigen Unfälle, ihrer Ursachen und eventuell der betreffenden Maßnahmen zu ihrer Verhütung angestrebt werden können, welche für alle Berufsgenossenschaften mehr oder weniger gemeinsam sind, z. B. der Unfälle an Dampfmaschinen und den einzelnen Theilen derselben, an Gasmotoren, Wasser- und elektrischen Motoren, an Transmissionen, an Fahrstühlen und Aufzügen, an den verbreitetsten Arbeitsmaschinen, bei den hauptsächlichsten Arbeitstätigkeiten u. s. w.

## Deutschland.

\* Berlin, 10. Jan. Se. Majestät der Kaiser arbeitete heute Vormittag mit dem Chef des Civilkabinetts, Wirkl. Geh. Rath v. Wilmowski, und empfing Nachmittags 4 Uhr den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck zum Vortrage.

Der japanische Prinz Akihito Komatsa Nu Muha, welcher von dem Kaiser von Japan beauftragt worden ist, dem Prinzen Wilhelm den japanischen Orden vom Chrysanthemum zu überbringen, wird heute Abend aus London hier eintreffen.

Dem Wirkl. Geh. Rath Dr. v. Bape, Vorsitzendem der Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs, ist zur Feier des Tages, 11. Jan., an welchem er vor 50 Jahren in den preussischen Justizdienst eintrat, der Rothe Adlerorden 1. Klasse mit Eichenlaub und mit dem Emailleband des Kronenordens verliehen worden.

Heute Nachmittag fand eine abermalige Sitzung des Staatsministeriums statt.

Die Kommission zur Berathung der Grundzüge für ein einheitliches Tonnen-System an den deutschen Küsten beendete heute ihre Beratungen. Die Vertreter der Admiralität, welche den Beratungen beiwohnten, stimmten durchweg den einstimmig gefaßten Beschlüssen zu.

Bremen, 10. Jan. Der Besitzer der Faktoreien in Angra Pequena, Lüderitz, ist, wie die „Köln. Ztg.“ erfährt, laut einer seiner Familie zugegangenen Nachricht in der Nähe des Oranjesflusses gestorben.

Stuttgart, 10. Jan. Ministerpräsident v. Mittnacht ist heute nach Berlin abgereist, um an den Verhandlungen des Bundesrathes theilzunehmen.

## Frankreich.

Paris, 10. Jan. Die Eröffnung der parlamentarischen Session findet morgen statt; die Kammern treten an diesem Tage ohne besondere Berufung wieder zusammen, da die Verfassung solches ausdrücklich bestimmt. Eine Botschaft des Präsidenten der Republik an die Kammern wird nicht erwartet und die erste Sitzung der Deputirtenkammer wird ohne jede Zeremonie durch den Alterspräsidenten eröffnet werden, der augenblicklich ein Deputirter von Savoyen, ehemaliges Mitglied des sardinischen Parlamentes, Herr Pierre Blanc, ist. Seine Eröffnungsbrede wird schwerlich eine politische Bedeutung haben, und im Senate, wo das ehemalige Mitglied der provisorischen Regierung von 1848 und der National-Vertheidigung von 1870, Herr Carnot, als Alterspräsident fungiren wird, dürfte das Gleiche der Fall sein. Die Präsidentenwahl wird voraussichtlich weder im Senate, noch in der Deputirtenkammer Schwierigkeiten bieten, da die Wiederwahl der beiden bisherigen Präsidenten, Leroyer und Floquet, gesichert erscheint. Das Ministerium will nach erfolgter Konstituierung der Kammer die sofortige Wiederaufnahme der durch die Weihnachtsferien unterbrochenen Budgetdebatte beantragen und diesen Antrag wird auch wohl entsprochen werden. Die bulgarische Abordnung ersuchte den Minister des Aeußern, Florens, ihr eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Goblet zu erwirken. Die Blätter sprechen ihre Befriedigung über die Antwort Florens an die bulgarische Deputation aus. Die indirekten Steuern im Jahre 1886 ergaben 71½ Millionen Minderertrag gegen den Voranschlag im Budget, 32 Millionen weniger als das Ergebnis von 1885. Es ist jetzt thatächlich, daß der Generalresident von Madagaskar, Le Myre de Vilers, amtlich nachgesucht hat, nach Frankreich zurückkehren; er wird sich im Laufe des März in Tamatave einschiffen.

Ueber den gestrigen Empfang der bulgarischen Deputation im Auswärtigen Amte, welchem der Direktor der politischen Abtheilung im Ministerium des Auswärtigen, Charnes, beiwohnte, gibt die „Agence Havas“ einen Bericht, den wir in Ergänzung der in voriger Nummer d. Bl. enthaltenen Mittheilungen nachstehend reproduziren: Grew setzte Florens die näheren Umstände der Bildung der bulgarischen Regierung auseinander, sowie die verschiedenen Phasen, welche sie durchgemacht habe, und die gegenwärtigen Schwierigkeiten. Die Regierung vertheile ihre Lage, sowie diejenige Europa's vollkommen und werde alle Konzessionen machen, welche mit der Unabhängigkeit Bulgariens verträglich seien, um aus dieser Lage herauszukommen; sie glaube insofern nicht, daß es möglich sei, die Kandidatur des Fürsten von Mingrelien anzunehmen, da eine solche nicht die Stabilität und die Freiheit des Landes sichern würde, auf welche dieses ein Recht habe. Florens erwiderte, er habe die Delegirten nur als Privatpersonen empfangen, da er ihnen in keiner Weise ein regelrechtes Mandat zubilligen könne; Bulgarien habe seine Unabhängigkeit in inneren Angelegenheiten, was aber die internationalen Beziehungen angehe, so habe die Pforte allein das Recht, im Namen Bulgariens zu sprechen; er bedauere die mißliche Lage Bulgariens, aber er glaube, das beste Mittel, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden, wäre, den Wünschen Auslands, dem Bulgarien seine Existenz verdante, Rechnung zu tragen und diesem Interesse selbst einige Konzessionen zu machen; er (Florens) könne sich über keine Kandidatur aussprechen, das würde im gegenwärtigen Augenblick verfrüht sein, es sei insofern vielleicht bedauerlich, daß die Regentschaft die Kandidatur des Fürsten von Mingrelien absolut zurückweise. Uebrigens müsse Frankreich, welche Sympathien Bulgarien auch verdienen möge, sich vor Allem an das allgemeine Interesse Europa's, d. h. den Frieden anschließen, er könne daher nur

empfehlen, möglichst schnelle und sichere Mittel zu ergreifen, um zu einer Lösung zu gelangen. Seitens der Delegirten wurde erwidert, die bulgarische Regierung wünsche ebenfalls den Frieden Europa's und deshalb habe sie auf die Kandidatur des Fürsten Alexander verzichtet; aber könne man nicht zwischen dem Fürsten Alexander und dem Fürsten von Mingrelien eine andere Kombination finden? Könnten nicht die bei der Frage nicht interessirten Mächte eine solche ausfindig machen? Florens entgegnete, seine Macht mit Ausnahme der Pforte könne dies; Frankreich habe bei der Frage keine besondere Rolle zu spielen, es könne nur diejenigen Lösungen begünstigen, welche am meisten geeignet wären, von den Hauptinteressenten angenommen zu werden; Frankreichs einziges Ziel sei die Erhaltung des Friedens.

## Großbritannien.

London, 10. Jan. Die Rekonstruktion des Ministeriums vollzieht sich nur langsam. Der Posten eines Staatssekretärs für die Kolonien, welcher dadurch freigeworden war, daß der bisherige Kolonialsekretär Stanhope an Stelle Smiths das Kriegsministerium übernommen hat, ist von dem konservativen Abgeordneten Sir Henry Holland übernommen worden.

## Rußland.

St. Petersburg, 9. Jan. Der Erbauer der Transkaspiabahn, Generalleutnant Annenkoff, ist am vorigen Sonntag hier eingetroffen. Er hat den Weg von Uzun-Ada bis St. Petersburg in neun Tagen zurückgelegt. General Arzyschewski, der Ataman des Terek-Kosaken-Bojsskots, wird, der „Now. Wr.“ zufolge, hier erwartet, wo er den Antrag stellen will, daß die asirischen Kosaken nach Achal-Tele und an den Atred übergeführt werden, wo längs der persischen Grenze die theureren turkmenischen Milizen den Postendienst versehen. Die asirischen Kosaken stellen in Friedenszeiten ein Regiment, in Kriegzeiten drei Regimenter und wollen an die persische Grenze übersiedeln, weil dort viel fruchtbares Land vorhanden ist.

Die Fertigstellung der Transkaspiabahn wird von den russischen Politikern als ein Ereigniß betrachtet, welches auf die gesammte künftige Entwicklung Zentralasiens die einschneidendste Bedeutung ausüben muß. Wenn schon in Europa und in Nordamerika, wo eine reich gegliederte Küstenbildung eine ungemein günstige Theilung der Wasserläufe und das fast gänzliche Fehlen absolut unwirthlicher Bodentrecken den Fortschritten der Civilisation allseitigen Vorschub leistet, die Einführung der Eisenbahnen das Leben der Staaten und Völker auf ganz neue Grundlagen stellte, um wie viel nachhaltiger und befruchtender wird erst der Einfluß dieses modernen Verkehrsmittels auf Länder sein, die der natürlichen Verbindungen fast ganz entbehren und seit den geschichtlichen Zeiten von dem allgemeinen Strome der civilisatorischen Entwicklung so gut wie abgeschnitten waren. Den Hoffnungen, womit der intelligente Theil des russischen Volkes die Fertigstellung des großen Schienenweges begrüßt, steht die Ueberzeugung zur Seite, daß Rußland die Erwartungen, die es auf seine kulturelle Leistungsfähigkeit in Zentralasien setzt, voll und ganz rechtfertigen werde. Es widerspricht dem nicht, daß seitens der russischen Behörde vorerst die militärischen Vortheile in's Auge gefaßt werden, welche der russischen Machtstellung in jenen entlegenen Gegenden aus der Vollenbung des Bahnbauwerks erwachsen. Denn dort, wo bisher nur Willkür und Gewalt geherrscht hat, wird die erste Aufgabe vorbringender Kultur immer militärischer Art sein und darin bestehen, den Halb- oder Ganzbarbaren die absolute Ueberlegenheit des europäischen Kriegsmechanismus vorzudemonstriren. In zweiter Linie folgt dann die friedliche Eroberung des Landes durch den aederbauenden Kolonisten und den handeltreibenden Kaufmann. Nach beiden Richtungen ist Rußland in Mittelasien schon seit geraumer Zeit systematisch vorgegangen; mit voller Energie aber wird ihm dies erst durch die Fertigstellung der Transkaspiabahn ermöglicht. Letztere bildet überdies die vortheilhafteste Operationsbasis für Ausdehnung der russischen Einflußsphäre in der Richtung auf den persischen Meerbusen zu, wo der russische Handel den Konkurrenzkampf mit dem englischen bereits erfolgreich aufgenommen hat.

## Bulgarien.

Sofia, 9. Jan. Der Führer der Opposition, Zankow, ist Vormittags nach Konstantinopel abgereist. Dazu bemerkt ein Privattelegramm der „Köln. Ztg.“ aus Sofia: Zankow ist nicht auf die Aufforderung des Großveziers, sondern Melidows nach Konstantinopel gegangen. Der Depechenwechsel zwischen Zankow und dem Großvezier verlief ohne Ergebnis. Darauf telegraphirte Melidow an Zankow, er möge nach Konstantinopel kommen; und nun reiste Zankow ab.

## Türkei.

Konstantinopel, 7. Jan. Sir William White hat das vom 31. Dez. datirte Abberufungsschreiben Sir E. Thornton erhalten, ebenso das Schreiben, welches ihn zum Botschafter in Konstantinopel ernannt. Die beiden Schriftstücke werden demnächst dem Sultan unterbreitet werden.

Ueber die Politik der Pforte in Betreff Bulgariens wird der „Post. Corr.“ von sehr beachtenswerther Seite Folgendes geschrieben: Die Wahrnehmung, daß ein großer Theil jener europäischen, und speziell österreichischen und ungarischen Journale, die bisher stets gegenüber den Interessen der Türkei eine gewisse Sympathie bezeugten, seit einiger Zeit ihre Haltung geändert haben und die Politik der Pforte in der bulgarischen Frage zum Gegenstand der heftigsten Angriffe machen, hat in den maßgebenden türkischen Kreisen äußerst unangenehm berührt. Diese Angriffe, so betont man, sind in keiner Weise



gerechtfertigt, sie vollkommen vollständig die heintliche Situation, in welche die Türkei seit dem Beginn der europäischen Krise gerathen ist, und tragen nicht den Anstrengungen Rechnung, welche die Regierung bis heute im Interesse der Erhaltung des Friedens aufgebracht hat. In es hat fast den Anschein, als ob gerade diese Anstrengungen ihr als Verbrechen angerechnet würden, und daß man vorgezogen hätte, die Pforte einen anderen Weg einschlagen zu sehen, nämlich denjenigen, der direkt zu einem offenen Bruch mit Rußland führen würde. Es kann wohl als überflüssig erachtet werden, noch einmal auf das Märchen von der türkisch-russischen Entente zurückzukommen, das aus der Türkei einen Satelliten der Jarenreichs gemacht und dieselbe mit gebundenen Füßen und Händen dem ausschließlichen Einflusse des Kabinetts von St. Petersburg preisgegeben haben soll. Diese Entente existirt thatsächlich nur in den Köpfen einiger Journalisten. Gleichwohl ist es notwendig, sich mit jenen Anschuldigungen gegen die Türkei zu beschäftigen, durch welche die öffentliche Meinung Europas beirrt wird und welche schließlich dahin führen könnten, dieselbe zu einer ungerechten Beurtheilung der türkischen Politik zu veranlassen. Vom Anbeginn der bulgarischen Krise nach dem Philippopeler Staatsstreich, wie nach der Abdankung des Fürsten Alexander hatte die Pforte nur den einen Wunsch, in Bulgarien eine Ordnung der Dinge herzustellen, welche mit den Rechten des suzeränen Staats und den wahren Interessen der Bulgaren vereinbar wäre und somit die Zustimmung aller Signatarmächte des Berliner Vertrags erhalten könnte. Die geographische Lage der Türkei und die guten Beziehungen, welche sie mit allen Mächten unterhält, legen ihr die Pflicht auf, zwischen diesen Mächten in dem Augenblick, wo sie deren Autorität anrief, die Waage im Gleichgewicht zu halten. Diese korrekte Haltung und das Streben nach Ausgleichung hatten in der ersten Periode der bulgarischen Krise glückliche Erfolge erzielt. Namentlich wurde dadurch der Ausbruch eines ernstlichen Krieges zwischen der Türkei und Griechenland verhindert. Alle Welt anerkennt damals das Geschick und die Weisheit des Sultans, durch welche die Friedenswünsche Europas so wirksam unterstützt wurden. Warum wird nun die Fortsetzung der gleichen Politik heute so heftig angegriffen? Die die Pforte tadelnden Blätter sollten diese Frage offen beantworten, statt der Pforte Russophobismus vorzuwerfen, eine Anklage, die sich mit nichts als mit dem Hinweis auf unbedeutende Zwischenfälle unterstützen läßt.

#### Asien.

Mogaul (Birna), 4. Jan. Der „Times“ wird von hier geschrieben: Dieser Ort, den man die Hauptstadt des Rubinengrubendistrikts nennen könnte, ist ein wohlhabendes aussehendes kleines Städtchen, besteht eigentlich aus vier Dörfern und ist in einem engen hübschen Thal belegen. Der andere Mittelpunkt des Bergbaudistrikts liegt 7 Meilen entfernt und wurde besetzt, ohne daß man auf Widerstand stieß. 25 Meilen des Bergpfades nach Mogaul sind noch immer für Truppen und Lastthiere äußerst schwierig passierbar. Der höchste Punkt des Pfades durch die Pässe ist 6600 Fuß hoch. Viele Maulthiere gingen in den Abgründen verloren und die Truppen waren und sind noch jetzt in Folge der Strapazen leidend, indes sind sie vom besten Geiste besetzt.

#### Ostindien.

Bombay, 10. Jan. Prinz Friedrich Leopold von Preußen ist in Venares angekommen, wo er sich als Gast des Maharajahs einige Zeit aufhalten wird.

#### Amerika.

Washington, 7. Jan. Präsident Cleveland theilte gestern dem Senate die Ernennung des Herrn Manning zum Gesandten der Vereinigten Staaten in Mexiko zur Bestätigung mit.

#### Zeitungsstimmen.

Die „National-Zeitung“ beschäftigt sich mit der in den Vorgängen von 1874 für die gegenwärtige Situation etwa gegebenen Analogie. Sie sagt: „Der Verweigerung einfall, das Kopfschlag des Beschlusses der Militärkommission eigentlich die ehrenvollste Lösung sei, indem sie zur Feststellung der Präsenzstärke im Etat führe, scheint in der fortschrittlichen Presse nur vom Morgen bis zum Abend vorgehalten zu haben: der Mangel des Kopfes an diesem Rumpst wird jetzt schon nicht mehr gerühmt, sondern nur noch entschuldigt. Im Jahre 1874, so erinnert man, habe die damalige Militärkommission ebenfalls nichts zu Stande gebracht, erst in der Zeit zwischen dem Abschluß der Kommissionsberatung und der zweiten Lesung im Plenum sei das Septennatskompromiß erzielt worden. Wenn es nur darauf ankäme, Fälle anzuführen, in denen Kommissionsverhandlungen ergebnislos verlaufen sind, könnten wir eine lange Liste anfertigen. Es fragt sich aber, wie weit zwischen denselben und den jüngsten Vorgängen eine innere Ähnlichkeit besteht.“ Es wird dann der bezügliche Passus der Thronrede von 1874 zitiert und fortgesetzt: „Wenn man mit der Weltlage von 1874 die heutige vergleicht, wird man bereits erkennen, wieviel Sinn es hat, das Verfahren der gegenwärtigen Militärkommission mit dem Umstande entschuldigen zu wollen, daß 1874 die Lösung der Militärfrage nicht ohne Hindernisse erfolgte. Es kommt weiter in Betracht, daß damals, nachdem man sich seit 1867 mit Provisoren beholfen hatte, die gesetzlichen Grundlagen des deutschen Heeres zu schaffen waren, die nun seit 12 Jahren vorhanden sind und durch deren Anfechtung die gegenwärtige Krise herbeigeführt worden; damals waren natürliche Schwierigkeiten vorhanden, jetzt hat man solche künstlich bereitet. Und endlich hatte auch der negative Ausgang der Kommissionsverhandlung von 1874 an sich eine andere Bedeutung als der jetzige; damals bestand eine feste nationalpolitische Mehrheit, innerhalb derer nur das Eine zweifelhaft war, ob die Regierungsvorlage oder irgend ein Kompromiß von der Art desjenigen, das nachher auf der Grundlage des Septennats abgeschlossen wurde, durchging; um für die Verhandlung über das letztere, welche durch Krankheit des Fürsten Bismarck erschwert wurde, Zeit zu gewinnen, führte die damalige nationalliberale Partei das negative Resultat der Kommissionsberatungen herbei. Wenn man heute über den schließlichen Ausgang so beruhigt sein könnte, wie damals in jedem Stadium der Angelegenheit, dann würden über die Kommissionsbeschlüsse vom 5. d. M. nicht viele Worte verloren werden.“

Die „Kölnische Zeitung“ zitiert den „wohlgemeinten und klugen Rath“, der freilich wohl auf steinigtem Boden fallen werde, welchen eine ausländische Gefinnungsgenossin, die Wiener „Neue Freie Presse“, den „Deutschfreisinnigen“ gab, indem sie sagte: „Die Klugheit, über dem Wünschenswerthen nicht das Erreichbare zu unterschätzen, kann der Liberalismus sich ohne

Gefahr aneignen, und dazu bietet der Streit um die Militärvorlage die beste Gelegenheit wie den dringendsten Anlaß. Denn was auch immer die Folge einer Ablehnung der Vorlage wäre — Auflösung des Reichstags oder Konflikt — die Freisinnigen würden nur das Odium, aber keinen Gewinn heimbringen, und wollte es das Geschick, daß die leise Aufheiterung des politischen Himmels, die seit drei Tagen wahrzunehmen, wiederum einer Verdüsterung weiche, so würde es sicherlich an dem Vorwurfe nicht fehlen, daß der Liberalismus die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes gefährdet habe. In der Wehrhaftigkeit unseres gesammten Volkes liegt die gewichtigste Bürgschaft für die Wahrung des Friedens, sagte der Kronprinz in seiner Ansprache bei der Feier des achtzigjährigen Soldatenjubiläums des Kaisers. Das war ein leicht zu vertehender Wink.“

Hierzu bemerkt die „Kölnische Zeitung“: „Die Hervorhebung deutschpatriotischer Beweggründe können wir natürlich von der ausländischen Zeitung nicht verlangen. Bemerkenswerth aber ist die Auffassung der Worte, welche hier aus der Ansprache unseres Kronprinzen angeführt werden. Als „ein leicht zu vertehender Wink“ gelten dieselben dem österreichischen Blatte, welches mit unseren Deutschfreisinnigen politisch nahe Fühlung hat — und diese unsere Deutschfreisinnigen hatten die ungläubliche Dreistigkeit, aus jener Rede den Beweis führen zu wollen, daß der Kronprinz die Erhöhung unserer Wehrkraft nicht für nöthig halte. Wir haben die Worte des Kronprinzen, der mit feinstem Taktgefühl vernied, das Gebiet der politischen Kämpfe unmittelbar zu berühren, auch der politischen Erörterung nicht unterziehen wollen; wenn aber die Opposition deren Bedeutung in so unerschämter Weise zu entstellen wagt, so darf man wohl hervorheben, daß, wer die wahren und erhabenen Worte gesprochen hat: „Solche friedliche Arbeit konnte indes nur gedeihen, weil gleichzeitig Ev. Majestät sachkundige und rastlose Leitung die Schlagfertigkeit des Heeres zu der Vollkommenheit förderte, deren jeder deutsche Soldat sich mit Stolz bewußt ist“, gewiß nicht die Auslegung und Unterfiebung billigen wird, daß diese sachkundige und rastlose Leitung jetzt, da sie neuerdings die Schlagfertigkeit zu erhöhen begehrt, plötzlich auf einen falschen Weg gerathen sei. Aber kein Wort, auch nicht das unseres Kronprinzen, ist der Opposition unter ihrer heutigen Führung hoch und unverteidlich genug, um nicht mit schmähtlicher Entstellung und Fälschung zur Förderung erbärmlicher Parteizwecke mißbraucht zu werden.“

### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 11. Januar.

Heute Vormittag empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Geheimrath Noff zur Vortragserstattung und nahm dann die Meldung nachbenannter Offiziere entgegen: des Regimentsmajors Sande vom Artillerie-Depot Mainz, des Premierlieutenants Nau vom 4. Westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 17, der Zeuglieutenants Schirmer und Wolff vom Artillerie-Depot Kastatt.

Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit den Vortrag des Legationssekretärs Freiherrn von Babo.

Abends fand eine kleine musikalische Gesellschaft im Großherzoglichen Schlosse statt, bei welcher der Harsen-virtuos Sjöden und das Ehepaar Staudigl einige Stücke vortrugen.

\* (Allgemeine Volksbibliothek.) Vom 3. bis 9. Januar wurden an 560 Besucher 700 Bände ausgeliehen.

W Baden, 10. Jan. (Petition an den Reichstag. — Jagd.) Die hier aufgelegt gewesene Petition an den Reichstag, die Militärvorlage betreffend, ist Ende voriger Woche mit 514 Unterschriften nach Berlin abgegangen. — Die Jagd auf Lichten-thaler Gemartung (1500 ha in 3 Distrikten) muß neuerdings der Verpachtung ausgesetzt werden, da der Anschlag mit 1300 M. bei der ersten Tagfahrt nicht geboten wurde.

W Vom Bodensee, 10. Jan. (Viehmärkte. — Witterung.) Der jüngste Viehmarkt in Konstanz war mit etwa 36 Stück Rindvieh und etwa 180 Schweinen besetzt. Es wurde ziemlich viel gehandelt bei guten Preisen. Dessen galten 320 bis 400 M., Kühe 160—280 M., Kalbinnen 230—280 M., halb- bis einjährige Rinder 90—150 M., Milchschweine 14—24 M. per Paar, Käuferschweine 28—100 M. per Paar. Der Viehmarkt in Radolfzell war mit 201 Ochsen und Kühen, 144 Rindern, 150 Käufern und 304 Milchschweinen besetzt. Die Preise bei Rindvieh gingen eher zurück als vor, während dieselben bei Schweinen wieder anzogen. Ochsen galten 300—400 M., Kühe 190 bis 350 M., Kalbinnen 230—350 M., halb- bis einjährige Rinder 80—140 M., Milchschweine 16—28 M. per Paar, Käuferschweine 36—100 M. per Paar und darüber. Der Handel ging lebhaft bei guten Preisen. Der vorwöchentliche Viehmarkt in Stodach war besetzt mit 128 Stück Kühen, Ochsen und Jungvieh und 228 Schweinen. Der Handel kann als ein lebhafter bezeichnet werden; es waren auch Händler aus der Schweiz da, welche Einkäufe in Ochsen machten. Jungvieh war ziemlich begehrt und lebhaft gekauft bei guten Preisen. Die Ferkel gingen im Preise wieder etwas in die Höhe. Kühe galten 150—350 M., Ochsen 220—440 M., trächtige Kalbinnen 260—340 M., etwa jährige Rinder 120—150 M., Kälber von 1/2 Jahr 80—100 M., Käufer 40—75 M., Ferkel 18—28 M. Der Monatsviehmarkt in Otrach war schwächer besetzt, als die früheren, woran die kalte Witterung einige Schuld haben dürfte. Die Preise hielten sich auf der bisherigen Höhe und stellten sich wie folgt: Für ein Paar große Ochsen 800—900 M., für ein Paar Jungochsen 500 bis 550 M., für eine Kuh oder trächtige Kalbin 250—350 M., für Jungvieh per Stück 150—220 M. Der Schweinemarkt war stark besetzt, und ist hierin ein Preisrückgang zu verzeichnen. Junge Schweine galten per Paar 22—36 M. und ein Käufer galt 36—45 M. — Gestern Abend ist in unserer Gegend abermals Schneefall eingetreten, und die mäßige Kälte (1—2 Gr. unter Null) dauert dem Anscheine nach fort. Der Barometer zeigte heute 755 mm.

#### Verschiedenes.

§ (Von dem deutschen Telegrapheninspektor Kederer in Bangkok), welcher, wie unsern Lesern aus einer früheren Mittheilung erinnerlich, auf Wunsch der siamesischen Regierung beauftragt wurde, die Organisation des Telegraphendienstes in Siam in jenes ferne Land einzuführen, ist und sich am 23. August v. J. in Brindisi eingeschifft hat, sind in einem in Bangkok am 26. Nov. v. J. zur Post gegebenen Briefe die ersten Nachrichten am 2. d. M. nach Karlsruhe gelangt, deren Einsichtnahme uns gestattet worden ist. Unser Landsmann gibt darin folgende interessante Einzel-

heiten: „Die Reise war reizend und wird mir unversehrlich bleiben. Ich traf hier gerade am Tag vor dem Geburtsfest des Königs (21. September) ein und hatte das Vergnügen, an dem Festtage bei dem Minister des Auswärtigen einen Ball mitzumachen, zu dem auch der König und die Königin erwartet wurden, wenn auch vergeblich. Ich hatte hier gleich Gelegenheit, die oberen 500 von Bangkok zusammenzufinden, ein wunderbares Bild der europäischen Grad neben den phantastisch gekleideten siamesischen Prinzen und Nobilitäten aus Bangkok und den zahlreichen verschiedenen buntfarbigen Uniformen aus aller Herren Länder (die in siamesischen Militärdiensten stehenden Offiziere von auswärts pflegen ihre Heimathuniform zu tragen). Bangkok liegt etwa 30 km vom Meere entfernt, auf beiden Seiten des siamesischen Nil, des Menam, langgestreckt auf etwa 7 englische Meilen, aber von geringer Breitenausdehnung. Auf dem rechten Ufer ist eine breite Straße dem Flusse entlang, sonst ist der Gesamtverkehr auf dem Flusse selbst und auf den Kanälen, die vom Flusse abzweigen die Stadt durchziehen. Die Stadt ist nicht schön, weiß aber viele aus Stein gebaute Häuser auf. Das Klima ist im Allgemeinen hier erträglich und nicht gerade ungesund. Hierher sind hier häufig, aber nur ganz gefahrlose Wechselfieber. Die Hitze ist erträglich, wenigstens gegenwärtig in der „kalten“ Saison; sie soll aber im April und Mai sehr ungemüthlich sein und bis 95° Fahrenheit steigen; gegenwärtig haben wir 70—80° Fahrenheit. Vom Juni bis Ende November ist die Regenzeit. Die Verpflegung ist hier sehr gut und im Allgemeinen nicht theuer; nur Gemüse und Getränte, die aus Europa kommen, müssen theuer bezahlt werden. Die deutsche Kolonie ist hier sehr stark, die stärkste unter den außerasiatischen Nationen. Die größten Handlungshäuser sind in den Händen der Deutschen. Der Siamese, klein von Statur, aber kräftig gebaut, ist sehr gutmüthig, aber nachlässig und misstrauisch. Zahlreiche Chinesen besorgen die Handwerke, den Kleinhandel und fast alle Lohnarbeiten. Post und Telegraphie ist einem Bruder des Königs unterstellt, der den Titel „Celestial Prince“ führt und im Allgemeinen ein recht verständiger Herr ist, u. s. w. Es ist hier so viel zu thun, da man fast ohne alle Hülfe ist, daß es großer Anstrengungen und eines eisernen Fleißes bedarf, um nur einigermaßen Ordnung zu schaffen. Dem Postdepartement steht augenblicklich, seit dem Abgange des Postinspektors Pantow, ein deutscher Postassistent vertretungsweise vor; wie ich höre, wird auch ein weiterer deutscher Beamter für das Postdepartement erwartet.“ Soweit unser Gewährsmann. Siam, 726,000 qkm groß (das Deutsche Reich hat deren nur 540,000) mit 5 1/4 Mill. Seelen, ist durch den vorliegenden britischen Besitz wie durch einen mächtigen Wall gedeckt, von jenen Verwicklungen mit dem Abendlande verschont geblieben, welche seinen Nachbarn Birma und Annam so verhängnisvoll geworden sind, und hat wie Japan friedlich seine Reformen nach europäischen Mustern durchzuführen begonnen. Daß zu der 3 bis 4000 Mann starken siamesischen Armee auch das deutsche Heer Instruktoren geschickt hätte, ist bis jetzt nicht bekannt; einen größeren Stolz dürfen wir darüber fühlen, daß der deutsche Handel auch in Bangkok festen Fuß gefaßt hat, und in dessen Besitz die größten Handelsfirmen dort sind. Dieselben werden sich allerdings vorwiegend mit der Aus- und Einfuhr, welche 1885 bereits über 16 Mill. Dollars betragen hat befassen; denn der Binnenhandel liegt gänzlich in den Händen der Chinesen. Der Hafen von Bangkok ist im Jahre 1885 von 407 Schiffen angelaufen worden, darunter 195 englische und 61 deutsche. Wie der deutsche Postinspektor Pantow das Postwesen organisiert hat, so soll Kederer das Telegraphenwesen in Siam ausbreiten; es wird das keine leichte Aufgabe sein, die Drähte über das weit- ausgedehnte und dabei so wenig entwickelte Land zu verlegen; bis jetzt bestehen erst drei große Hauptlinien von Bangkok aus, nämlich östlich nach Saigon zum Anschluß an das Unterfestland, westlich nach Tavoy zum Anschluß an die indischen Linien, und nördlich nach Kieng-mai. Kederer der den Titel eines Secretary of Her Siamese Maj. Telegraph Department führt und bezieht eine Besoldung von 14,000 M., wird voraussichtlich auch nicht viel länger als ein Jahr auf die Ausübung seines ehrenvollen Auftrags verwenden; hoffen wir unsern Landsmann aus dem Lande des weißen Elephanten, aus dem asiatischen Venedig wohlbehalten zurückzuführen zu sehen.

— Berlin, 10. Jan. (Verkehrsförderung.) Der heute Mittag hier völlige Wiener Schnellzug hat wegen Schneeverwehungen wieder große Verspätung und wird erst Abends hier erwartet, etwa sieben Stunden nach Fahrplangzeit. Die Haupt-schwierigkeiten scheinen wieder zwischen Schandau und Berlin zu liegen.

W Stuttgart, 10. Jan. (Die verstorbene Prinzessin Marie von Württemberg) vererbte dem Prinzen Wilhelm von Württemberg ihr Palais sammt einer Million, die Prinzessin Charlotte erhielt einen sehr werthvollen Schmuck (Erbschaft der Königin Katharina), die Familie des Prinzen von Weimar etwa 300,000 M. nebst einem zweiten Schmuck und Herzog Alexander von Oldenburg zwei Millionen Mark. Verschiedene wohlthätige Anstalten sind mit 1,200,000 Mark bedacht.

W Tunis, 7. Jan. (Ein heftiger Erdstoß) wurde in Djemel verpöht. Mehrere Häuser stürzten in Trümmer und 7 Personen wurden getödtet. Viele wurden außerdem verletzt.

#### Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 11. Jan. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-sitzung steht die zweite Lesung der Militär-vorlage. Lange vor Beginn der Verhandlungen schon waren die Tribünen überfüllt, der Saal ist außerordentlich zahlreich besetzt. Am Ministertisch befinden sich anfangs der Kriegsminister und andere Mitglieder des Bundesrathes, später tritt auch der Staatssekretär v. Boetticher ein. Vor der Sitzung ist in Abgeordnetenkreisen das Gerücht verbreitet, daß der Abgeordnete Dirichlet heute nach kurzer Krankheit verstorben sei. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Abg. v. Huene erstattet den Kommissionsbericht über die Militärvorlage. Er erklärt, er habe kein Mandat, für einen der gestellten Anträge zu plaidiren, von denen keiner in der Kommission eine Majorität erlangt hatte. Abg. Buhl berichtet über die zur Militärvorlage eingegangenen Petitionen.

Graf Moltke glaubt nicht, daß irgend ein Staat die Verantwortung auf sich nehmen werde, den Brandstoff zu entzünden, der mehr oder minder überall angezündet ist; starke Regierungen sind eine Bürgschaft für den Frieden, gefährlich dagegen ist der Ehrgeiz von Parteiführern und deren Einwirkung auf die öffentliche Meinung. Wenn irgend



ein Staat für die Fortdauer des Friedens wirken könne, so sei es Deutschland, welches nur in der Defensiv sich befindet; dazu muß es aber stark kriegsgerüstet sein. Werden wir wider Willen dennoch in einen Krieg verwickelt, so werden wir ihn führen können. Lehnen wir die Vorlage indessen ab, dann haben wir den Krieg ganz sicher. Das heutige Votum des Reichstages wird seine Wirkung nach außen nicht verfehlen. Graf Moltke hofft, das Haus werde der Regierung seine Unterstützung nicht versagen und die Vorlage also annehmen. Die Armee allein ermöglichte den Schutz aller übrigen politischen Einrichtungen, welche mit dem Heere stehen oder fallen. Die Bewilligung auf eine kurze Frist sei nicht annehmbar, denn neue Cadres würden erst nach Jahren wirksam. „Europa blickt heute auf diese Versammlung; ich wende mich an Ihren Patriotismus, wenn ich Sie bitte, diese Vorlage anzunehmen und der Welt zu zeigen, daß Sie bereit sind, jedes Opfer, auch das anderer Ansichten zu bringen, wenn es sich um das Wohl des Vaterlandes handelt.“

Abg. v. Stauffenberg spricht für seine Anträge. Die Deutschfreisinnigen wollten Alles bewilligen, nur über die Dauer der Bewilligung schwebten Differenzen, die jedoch nicht auszugleichen seien. Während der Rede v. Stauffenbergs tritt Fürst Bismarck in den Saal.

Nach einer kurzen Debatte zur Geschäftsordnung beschließt das Haus, die Debatte über die §§ 1 und 2 zu verbinden.

Fürst Bismarck ergreift das Wort und führt Folgendes aus: Die Wehrkraft des Reiches, wie sie jetzt ist, reicht nach der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen nicht aus, die Sicherheit des Reiches dauernd zu verbürgen; dies ist zugleich die Ueberzeugung aller militärischen Autoritäten; dieselben stehen gegenüber diejenige der Herren Richter, Windthorst, Grillenberger. Ich kann aber nur annehmen, daß die Herren noch andere Gründe bezüglich der Vorlage bei den verbündeten Regierungen voraussetzen als militärische. Indessen diese Voraussetzungen, als ob es uns um Einführung neuer Steuern zu thun sei, ist gerade so absurd als wenn wir bei der Opposition voraussetzen wollten, es läge ihr daran, in der That die Sicherheit Deutschlands zu gefährden. Es ist doch zu bedenken, daß der gordische Knoten, vor dem wir vor den letzten Kriegen standen, doch nur durch das Schwert gelöst werden konnte, nur durch die Wehrkraft, auf welche wir uns stützen konnten. Das wird jeder zugeben, wie jeder zugestehen wird, daß man von diesem Punkte aus die orientalische Frage nicht lösen kann. Die Aufgabe, die uns nach dem Frankfurter Frieden zufiel, war keine geringe. Frieden zu machen war leichter, als ihn zu erhalten. Es ist uns gelungen mit Oesterreich, zu welchem wir jetzt in so herzlichen Beziehungen stehen, in einem gegenseitigen aufrichtigen Vertrauen, wie es uns nie während der Zeit des Deutschen Bundes gelungen war. Ein großer Einfluß zur Befestigung des Friedens ist den freundschaftlichen Beziehungen der drei Kaiserreiche beizumessen. Es ist daran zu erinnern, daß die lange Friedenszeit des Jahrhunderts, welche so segensreich wirkte, in die Zeit der verhassten heiligen Allianz fiel. Jetzt sei es geboten, dem Welttheil die Folgen des Friedens zu erhalten, dazu bedürfe es vor Allem aber eines starken Heeres.

Fürst Bismarck fährt fort: Unsere Beziehungen zu allen Mächten seien die besten, auch Rußland gegenüber seien unsere guten Beziehungen über jeden Zweifel erhaben. Uns befehle wahrlich keine Neugierde und schwerlich läßt sich eine solche von Rußland besorgen. Unsererseits wird ganz sicher kein Krieg mit Rußland begonnen werden. An eine Koalition zwischen Frankreich und Rußland haben wir wahrlich bei der Vorlage nicht gedacht, alle Argumente, die uns nach dieser Richtung untergeschoben worden sind, treffen nicht zu. Dieselbe Presse, welche die Vorlage bekämpft, hat vor wenigen Monaten Alles daran gesetzt, uns in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln, indem sie von uns verlangte, für Bulgarien uns mit Rußland in einen Krieg einzulassen. Man hätte Landesverrath mir vorwerfen müssen, wenn es mir nur einen Augenblick eingefallen wäre, mich auf diese Dummheiten einzulassen. Was ist uns Bulgarien? Es ist uns völlig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert. Die Freundschaft mit Rußland ist uns wichtiger, wie die mit Bulgarien und wir werden uns von niemandem verleiten lassen, uns Bulgariens wegen mit Rußland zu verfeinden.

Die guten Beziehungen zwischen den Mächten zu erhalten, das ist uns wichtig und schwieriger als Sie denken. Diese Bemühungen durch irgendwelche journalistische oder parlamentarische Angriffe vereiteln zu lassen, kann man uns nicht zumuthen. Auch zu Frankreich stehen wir in guten Beziehungen, nur ist deren Erhaltung schwieriger, weil sich hier noch ein langer historischer Prozeß zu vollziehen hat, bevor sich alle Reste der Vergangenheit beruhigt haben und bevor alle Zwistigkeiten verjöhnt sind. Wir haben unsererseits Alles gethan, um die Franzosen zum Vergessen und Vergessen zu bewegen, wir haben keinen Grund, einen Krieg mit Frankreich zu befürchten, aber haben auch keinen Grund, ihn zu fürchten. Es kann keine Rede davon sein, daß wir Frankreich angreifen, allein wir müssen doch uns auch gegen Angriffe versehen; unter keinen Umständen werden wir Frankreich angreifen, aber wir werden stets genöthigt sein, uns so zu rüsten, daß wir einem Wiederausbruch des Krieges gewachsen sind. Dies Ziel stellt sich die Vorlage. Ich habe festes Vertrauen zu der frieblichen Gesinnung der französischen Regierung und eines Theils des französischen Volkes, trotz alledem lehrt uns aber die Vergangenheit, daß wir auf die Dauer nicht auf einen Frieden mit Frankreich rechnen können. Daß plötzlich dort eine Regierung an das Ruder kommt, die uns den Krieg bringt, damit ist zu rechnen. Wenn wir

nicht Vorkehrungen treffen, wenn wir heute versichern wollen, ja wenn der Krieg kommt, dann wollen wir Alles bewilligen, so lacht man uns aus. Gibt es in Frankreich ein Blatt, eine Stimme auch nur, welche sagt: wir verzichten auf Elsaß-Lothringen? Die Frage, ist die Möglichkeit eines französischen Angriffs ausreichend, um diese Vorlage zu begründen, will ich nicht erörtern; wir haben für unsere allgemeine Sicherheit nach allen Seiten hin zu sorgen.

Der Reichskanzler sagt weiter: Frankreich ist eine starke und kriegstüchtige Macht, sein Heer tapfer und kampfbereit; wir dürfen nie die Hände in den Schoß legen, wie friedlich es dort auch zeitweilig stehe. Wenn nun die Franzosen siegen, was stände uns bevor? Wir würden dieselben Franzosen uns gegenüber finden wie 1807 bis 1813, die uns wieder ausrauben würden, daß wir auf 30 Jahre lahmgelegt wären, man würde uns klein zu machen suchen, vielleicht ein Königreich Hannover von uns verlangen. Indessen will ich Ihnen nur die Möglichkeit schildern, deren wir bei einem unglücklichen Kriege ausgeht wären. Der Friede von 1870 würde ein Kinderpiel sein gegen den Frieden von 1890. Wer für eine solche Möglichkeit die Verantwortung übernehmen will, der möge es thun; die verbündeten Regierungen wollen es nicht, deshalb legen sie Ihnen dieses Gesetz vor; sie wollen dauernd eine genügende Zahl ausgebildeter Soldaten im Reich haben. Wir wählen die Ziffer von 7 Jahren, weil es die Grundlage des früheren Kompromisses war und sich das konstitutionelle Leben aus Kompromissen zusammensetzt. Der Bundesrath that das Meiste, indem er dieser Grenze von 7 Jahren zustimmte, und er hatte dabei nur das Interesse an der Sicherheit des Reichs und das Wohl des Vaterlandes im Auge.

Glauben Sie, wenn wir uns über die Zeit nicht einigen, der Bundesrath würde von dem ursprünglichen Vorschlag abgehen? Und nun frage ich Sie, wenn Ihnen gesagt wird, daß die Forderung im Interesse des Reiches gestellt ist, wäre es in Frankreich möglich, eine solche Vorlage abzulehnen? (Beifall.) Es besteht wirklich kein Grund, bezüglich der Zeit den verbündeten Regierungen Schwierigkeiten zu bereiten, zumal wir uns streng an den Wortlaut und an den Sinn der Verfassung gehalten haben. Wir halten unbedingt an dem vollen Septennat fest und weichen kein Haar breit davon ab. (Beifall rechts.) Wer birgt uns denn dafür, daß immer hier dieselbe Majorität vorhanden ist? Wollen Sie denn ein Auf und Ab im deutschen Heere von den Majoritäten des Reichstages abhängig machen? Sie würden damit nur aus dem kaiserlichen Heere ein Parlamentsheer machen. Da müßte man doch an die Wähler appelliren, ob das wirklich die Meinung des Volkes ist. Wir wollen einmal hören, ob die Wähler den Gedanken ankommen lassen, daß die Heeresstärke vom Reichstage ohne Zustimmung des Bundesraths und des Kaisers bestimmt werde, und von dem Kaiser können Sie unmöglich erwarten, daß er in seinem neunzigsten Lebensjahre noch zu der Berechtigung seines Wertes mitwirke, dem er die letzten dreißig Jahre seines Lebens gewidmet hat, die Schöpfung des deutschen Heeres und des Deutschen Reiches. Wenn Sie das glauben, wenn Sie irgendwie Verdacht erwecken, darnach zu streben, wenn Sie nicht durch eine baldige und vollständige Annahme der Vorlage die Sorge der verbündeten Regierungen für die Wehrhaftigkeit Deutschlands befriedigen, dann ziehen wir es vor, mit einem andern Reichstag zu verhandeln. Wir werden uns auf keine Verhandlungen mehr mit Ihnen einlassen, sondern die Gefahr, in die wir das deutsche Volk durch eine Verzögerung setzen können, wird uns zwingen, darüber bald Gewißheit zu haben oder aber mit anderen Leuten zu reden, die diese Gewißheit gewähren.

Abg. v. Huene bedauert, daß Fürst Bismarck Zweifel in die Kommission setze durch den Vorwurf, daß sie die Mittel für die Vorlage verweigern wolle. Fürst Bismarck bestreitet, eine Aeußerung gethan zu haben, welche zu der Auffassung des Abg. v. Huene hätte Veranlassung geben können. Hübner spricht namens der Nationalliberalen für die unveränderte Annahme der Vorlage.

Fürst Bismarck bemerkt bezüglich der Frage, warum der Ablauf des bisherigen Septennats nicht abgewartet worden sei, man habe jetzt die Ueberzeugung gewonnen, daß die bisherige Bewachung der Grenzen einer Verbesserung bedürfe. Fürst Bismarck weist auf die Eventualität hin, daß irgendwo, also besonders in Frankreich ein Krieg gewissermaßen als Sicherheitsventil gegen Zustände im Innern diene, als ein Mittel, die Regierung im Innern zu befestigen. Auch darauf müßten wir uns einrichten, darauf also, daß eine Regierung in Frankreich zum Kriege schreite, wenn sie sich sonst im Innern nicht halten kann. Man hatte bezweifelt, daß man mit dem jetzigen Reichstage zu einer Verständigung kommen könnte, den Fall der Gefährdung der Sicherheit des Reiches durch eine Verzögerung der Vorlage wollte man aber nicht eintreten lassen. Wir waren gar nicht darauf gefaßt, irgend welchen Widerstand bei dieser mäßigen Forderung zu finden; hätten wir dies vorher wissen können, so hätten wir besser vorher die Wähler gefragt: wollt Ihr dem Deutschen Reich seinen bisherigen Besitz erhalten oder nicht. Jetzt müssen wir auf unserer Forderung bestehen.

Windthorst plaidirt für dreijährige Bewilligung der ganzen Vorlage. Er protestirt gegen die Ausföhrungen des Fürsten Bismarck bezüglich Hannovers, welches niemals durch die Hilfe Fremder seine Selbständigkeit wieder zu erhalten wünsche. Die vom Kanzler gegebenen Aufschlüsse über die allgemeine Lage hätten ihn im Ganzen befriedigt, nur könne er nicht einsehen, warum Deutschland keine Interessen im Orient hätte. Auflösen könne der Reichskanzler den Reichstag, aber was erreiche er damit? Wozu bestche eine Verfassung, wozu am Ende

die ganze Maschinerie, wenn der Reichstag nur zum Kopfnicken da wäre? Der Redner bittet den Reichskanzler, zu überlegen, ob die Vorlage wegen der Dauer der Bewilligung zum Scheitern zu bringen sei.

Fürst Bismarck erwidert, man habe heute den Grafen Moltke für und Herrn Windthorst gegen die Vorlage sprechen hören; es frage sich, ob der Letztere dem Ersteren als militärische Autorität „über“ ist. Wäre bei uns ein Patriotismus wie in Frankreich oder Italien vorhanden, der in Gefahren keine Parteiunterschiede kenne, dann brauchte man sich hier nicht zu ereifern. Die Frage sei, soll unser Heer ein kaiserliches oder ein Parlamentsheer sein, soll hier jedes Jahr die Präsenziffer der Armee bewilligt werden? Das soll nicht sein (Ruf: Marine). Ja, mit der Marine sei die Sache anders, für diese wäre der Reichstag immer gewesen, die Marine hätte sogar stets Herrn Ricker für sich gehabt. Daß wir durch die Auflösung zu einer Versammlung von Jagagern kommen wollen, sei eine übertriebene Ansicht; die Mörgelei des Parlaments bei Forderungen für die Sicherheit des Reiches sei aber nirgends üblich wie in Deutschland. Bezüglich der orientalischen Politik sei nochmals zu bemerken, daß sich Deutschland Oesterreichs Interessen und Oesterreichs Deutschlands Interessen annehmen könne und wolle, aber daß sich die eine Macht nur ganz und gar für die andere einsetze und opfere, das sei rein unmöglich. Wir haben Interessen, die Oesterreich nicht berühren, Oesterreich hat Interessen, die uns fern liegen; da müsse eben jede Macht ihre eigenen Wege gehen.

Wenn Windthorst bemerkte, Rußland sei unser Verbündeter, so treffe das nicht zu; bei allen guten sonstigen Beziehungen und bei einem etwaigen Kriege mit Frankreich habe Rußland überhaupt auf keinen Bundesgenossen gerechnet, noch auch zu rechnen. Wenn die Verzögerung der Vorlage die Kriegspartei in Frankreich ermutigt hätte, dann sei die Verantwortlichkeit dafür Denjenigen zuzuweisen, welche die Verzögerung verschuldet haben. Fürst Bismarck verbreitet sich sodann über die finanzielle Seite der Vorlage und bestreitet, daß durch diese unerträgliche Kosten entstehen.

Bezüglich Hannovers erinnert Fürst Bismarck daran, daß der König von Hannover sich bemüht hätte, durch Napoleon wieder in sein Reich eingesetzt zu werden. Es sei möglich, daß dessen Sohn jetzt seine Gesinnung geändert habe, Beweise dafür seien aber nicht vorhanden. Mit der Kommission könnte die Regierung sich nicht weiter einlassen, die Entscheidung liege im Hause. Er könne sich niemals entschließen, in die Kommission zu gehen, um dort seine Zeit zu verlieren. — Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. — Fortsetzung Mittwoch 12 Uhr.

Paris, 11. Jan. Der Kriegsminister theilte dem Ministerrath einen telegraphischen Bericht mit, der über die in Tonkin anfangs dieses Monats vorgekommenen Ereignisse eingegangen ist. Hiernach hatte sich eine zahlreiche Abtheilung Soldaten in Thambhoa gesammelt und stark verchanzt, zwei gegen die Befestigung gerichtete Angriffe blieben erfolglos. Dabei wurden 4 Offiziere verwundet und 5 europäische, sowie 8 tonkinische Soldaten getödtet, 15 europäische und 27 tonkinische Soldaten verwundet. Unter dem Befehl des Oberst Briffond sind alsbald Verstärkungen an Artillerie und Infanterie nach Thambhoa gesandt worden.

Athen, 11. Jan. Die Regierung erwiderte auf die jüngste Note der Pforte betreffend die Haltung der griechischen Konsule in Kreta, sie müsse die bezüglichen Angaben zurückweisen und es deshalb ablehnen, die ungerichtlich angeforderten Konsuln abzuberufen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

**Großherzogliches Hoftheater.**

In Karlsruhe: Donnerstag, 13. Jan. 8. Abonnem.-Vorst.: „Siegfried, in 3 Aufzügen, von Rich. Wagner. Anfang 6 Uhr

Wasserstand des Rheins. Mainz, 11. Jan., Mrgs. 8.42 m, gefallen 9 cm.

**Frankfurter telegraphische Kursberichte**

vom 11. Januar 1887.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	106.40	Staatbahn	207 1/2
4% Preuß. Konf.	106.20	Kombarden	81 1/2
4% Baden in fl.	103.75	Galizier	164.60
4% „ in M.	105.05	Elbthal	134.—
Oesterr. Goldrente	91.75	Meklenburger	156.70
„ Silber.	67.50	Westfäl. Ludwigsbahn	—
4% Ungar. Goldr.	83.40	„ „	—
1877r. Russen	96.90	Wesfal. a. Amstb.	168.62
1880r. „	82.80	„ „	20.41
II. Orientanleihe	58.70	„ „	80.50
Italiener compt.	99.80	„ „	161.20
„ „	75.20	„ „	16.12
„ „	65.80	„ „	2 1/2
5% Serben	80.40	„ „	81.—
Kreditaktien	234 1/2	„ „	—
Disconto-Kommandit	206.20	„ „	—
Basler Banker.	168.30	„ „	—
Darmstädter Bank	140.—	„ „	—
5% Serb. Hyp. Ob.	80.10	„ „	—

Berlin.		Wien.	
Def. Kreditakt.	484.—	Kreditaktien	291.—
Staatbahn	415.—	Marnoten	61.92
Kombarden	165.50	Tendenz:	schwach.
Dist.-Kommand.	206.—	Paris.	—
Kanrahütte	88.20	4 1/2% Rente	110.10
Dortmunder	70.90	Spanier	65 1/2
Marienburg	42.70	Egypter	377
Meklenburger	—	Ottomane	390
Tendenz:	—	Tendenz:	—



**Todesanzeige.**  
H. 996. Tauberbischofsheim. Theilnehmenden Freunden und Bekannten mache ich die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber Vater  
**Nikolaus May,**  
Altbürgermeister,  
nach langem, schwerem Leiden heute sanft verschieden ist.  
Tauberbischofsheim, 10. Jan. 1887.  
Für die trauernden Hinterbliebenen:  
**J. May, Prof.**

**Gesucht**  
H. 997. auf das Land zum sofortigen Eintritt bei einer Beamtenfamilie ein katholisches Dienstmädchen, das schon in besseren Häusern gedient hat, waschen, putzen und die sonstigen Hausarbeiten verrichten kann, gute Zeugnisse besitzt und Liebe zu Kindern hat. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

H. 998. **Gründl. Klavierunterricht** erteilt **Grethe, Adl. v. Preußen**, Zimmer 2, Karlsruhe.

**Magen- u. Darmleiden.**  
H. 30. Seit 1/2 Jahre litt ich an ziemlich heftigem Magen- u. Darmleiden, starkem Stuhlzwang (Tenesmus), blutigem Stuhl, Bauchschmerzen, Blähungen, Kopfschmerzen, Ohrenleiden, bösem Mundgeruch etc. Nachdem ich von verschiedenen Ärzten erfolglos behandelt worden war, wandte ich mich brieflich an Herrn **Bremider, prakt. Arzt in Glarus**, welcher mich in kurzer Zeit vollständig herstellte. Behandl. briefl. Unschädlich. Mittell. Keine Berufsstörung! Freientlein b. Kobas, Aug. 1885.  
R. Kern.  
Adresse: **Bremider postl. Konstanz**.

H. 999. Als ausgezeichneten **Klavierstimmer** empf. sich **Grethe, Adl. v. Preußen**, Zimmer 2, Karlsruhe.

**Sträßburg.**  
Eine gute **Gastwirthschaft**  
in unmittelbarer Nähe einer Kaserne — ohne Konkurrenz — ist sammt Inventar um den Preis von 21,000 Mk. mit einer Anzahlung von 8000 Mk. wegen Todesfall und Ererbung eines andern Geschäfts sofort zu verkaufen. Tägliches Konsum 150 Liter Bier, 20 Liter Wein, frisches Kaffee und Ehen. Der Vorfabrik hat sich ein Vermögen von 20,000 Mk. in wenigen Jahren erworben. Für einen Süddeutschen wäre es ein gutes Geschäft.  
Nähere Auskunft erteilt  
**D. Dornerberger,**  
Weißbunnenring Nr. 8, Sträßburg.

**Holzversteigerung-Kündigung.**  
H. 229. Die **Gemeinde Schwarzbach**, Amt Bühl, versteigert am  
**25. Januar d. J.**,  
Vormittags 10 Uhr  
anfangend, in dem Distrikt Hohlwald, Schlag 7, folgende Holzsortimente:  
2 Eichstämme I. Klasse, 13 Eichstämme II. Klasse, 25 Eichenstämme III. Klasse, 17 Eichenstämme IV. Kl., 17 Eichenstämme V. Kl., 1 Pappelstamm und 54 Eichenabschnitte.  
Die Zusammenkunft findet im Schlag statt.  
Die Steigerungsliebhaber sind hierzu eingeladen.  
**Schwarzbach**, den 9. Januar 1887.  
**Gemeinderath.**  
W. Winter,  
v. d. H. Schumann,  
Rathschreiber.

**Bürgerliche Rechtspflege.**  
Öffentliche Bekanntmachung.  
H. 976.2. Mannheim. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **H. Rosenthal**, erbe Mannheim, Korsettfabrik in Mannheim, soll eine Abschlagsverteilung stattfinden.  
Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 401,615 Mk.; hiervon sind 1254 Mk. bevorrechtigt. Zur Verteilung sind 67,570 Mk. verfügbar.  
Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Großh. Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.  
Mannheim, Januar 1887.  
Der Konkursverwalter:  
Rechtsanwalt Dr. Darmstädter.  
**Vermögensabsonderung.**  
H. 995. Nr. 167. Mannheim. Die Ehefrau des **Ludwig Eichhorn II.**, Anna Maria, geb. Schuppel in Reilingen, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Köhler, hat gegen ihren Ehemann bei diesem Landgerichte eine Klage mit dem Begehren eingereicht, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzufordern. Termin zur Verhandlung hierüber ist auf:  
Dienstag den 15. Februar 1887,  
Vormittags 9 Uhr,  
bestimmt. Dies wird zur Kenntnissnahme der Gläubiger andurch veröffentlicht.  
Mannheim, den 6. Januar 1887.  
Gerichtsschreiberei Großh. Landgerichts.  
Zimmermann.

**Andree, Allgemeiner**  
**HANDATLAS**  
Zweite, wesentlich verbesserte, um ein Viertel vermehrte Auflage.  
Erscheint in 12 Lieferungen à 2 M.  
Die vor kurzem zur Ausgabe gelangte 4. Lfg. enthält eine genaue Spezialkarte des Grossherzogtum Baden  
in Maßstabe 1:870,000. Ferner: Deutschland, politische Übersicht 1:2,700,000. Spezialkarte von Elsass-Lothringen 1:870,000. Karte von Sizilien u. Sardinien. Großbritannien und Irland, Übersichtskarte. Spezialkarte von England und Wales, von Schottland. Karte von Griechenland.  
Vorrätig in allen Buchhandlungen.

**MUSEUMS-SAAL:**  
Mittwoch den 12. Januar 1887, Abends 7 Uhr,  
**GROSSES CONCERT**  
der Violinvirtuosin  
**Nettie Carpentier aus Paris**  
unter Mitwirkung der Opernsängerin Fräulein  
**Emilie Heckmann**  
und des Pianisten Herrn  
**Theodor Pfeiffer aus Mannheim.**  
Preise der Plätze:  
Saalpersitz Mk. 5.— Offener Sitz im Saal Mk. 2 — Gallerie Mk. 1.50.  
Billetverkauf in der Musikalienhandlung von  
**L. Fr. Schuster.**  
Alles Nähere durch die Programme. H. 993.2.

**Deutsche Militärdienst-Versicherungs-Anstalt in Hannover.**  
Eltern von Söhnen unter 12 Jahren werden auf obige, 1878 errichtete, unter Oberaufsicht der Königl. Staatsregierung stehende Anstalt aufmerksam gemacht. — Zweck derselben: Wesentliche Verminderung der Kosten des ein- wie dreijährigen Dienstes für die betreffenden Eltern, Unterstützung von Berufssoldaten, Verpflegung von **Jugendlichen**. Je früher der Eintritt erfolgt, desto niedriger die Prämie. Im Jahre 1885 wurden versichert 16,678 Knaben mit M. 18,426,000.— Kapital — gegen 15,682 Knaben mit M. 16,586,000.— Kapital im Jahre 1884. **Status Ende 1885:** Versicherungskapital: M. 53,000,000; Jahreserinnahme M. 3,400,000; Garantiefonds M. 7,000,000; Invalidenfonds M. 57,000; Dividendenfonds M. 282,000. Prospekt u. unentgeltlich durch die Direction und die Vertreter. Inactive Offiziere, Beamte, Lehrer und angehende Geschäftsmänner werden zur Uebernahme von Hauptagenturen gesucht. C. 227. zu allerlei A. 487.8.

**Mondamin**  
Eingetragene Schutzmarke  
**Puddings  
Milchpöseln  
Fruchtgelées  
Sandtorten etc.**  
Für Kinder und Kranke mit Milch gefochst speciell geeignet; erhöht die Verdaulichkeit der Milch.  
Auch zur Verdickung von Suppen, Cacao etc. vorzüglich. Mondamin ist ein entzückendes Nahrungsmittel. Fabr. Brown & Polson, f. e. Postl., London und Berlin C. In Colonial, Delicatessen- u. Droguen-Handl. à 60 Pf. pr. engl. Pfd.

**Öffentliche Aufforderung.**  
Die Vereinigung der Grund- und Unterpfandsbücher der Stadtgemeinde Karlsruhe betr.  
An sämtliche Gläubiger ergeht hiermit die Mahnung, die seit länger als dreißig Jahren in den obengenannten Büchern eingeschriebenen Einträge zu erneuern.  
Die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden.  
Ein Verzeichnis der in den Büchern der hiesigen Gemeinde seit mehr als dreißig Jahren eingeschriebenen Einträge liegt im Gemeindefaule Zimmer Nr. 54 zur Einsicht offen.  
Dieser wird zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß diese öffentliche Veröffentlichung der Mahnung als Zustellung an alle, auch die betauften Gläubiger gilt.  
Karlsruhe, den 1. Jan. 1887.  
In Vertretung des Pfandgerichts  
der Grund- und Pfandbuchführer:  
Kreß.

**Vermögensabsonderungen.**  
C. 226. Nr. 13,083. Karlsruhe. Durch Urteil vom heutigen wurde die Ehefrau des Kohlenhändlers **Johann Andreas, Jakobine Friederike**, geb. Zippere, hier für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzufordern. Dies wird zur Kenntniss der Gläubiger gebracht.  
Karlsruhe, den 21. Dezember 1886.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts:  
Dr. Sachs.  
D. 1. Nr. 86. Mosbach. Die Ehefrau des **Müllers Lorenz Gramlich, Ursula**, geb. Semel in Wörsheim, wurde durch Urteil der Civilkammer I des Landgerichts Mosbach vom 4. d. Mts. für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzufordern. Dies wird hierdurch veröffentlicht.  
Mosbach, den 8. Januar 1887.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts:  
Wolpert.  
Entmündigung.  
H. 987. Nr. 183. Bruchsal. Sebastian Willh., ledig, geboren am 27.

worden ist.  
Bühl, den 7. Januar 1887.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Stehle.  
**Erbeinweilungen.**  
H. 985. 2. Nr. 289. Staufen. Schmied **Andreas Schweizer Witwe, Amalia**, geb. Gramelpacher in Holschweil, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes gebeten. Diefem Gesuch wird stattgegeben werden, wenn nicht innerhalb 6 Wochen Einsprache dagegen erhoben wird.  
Staufen, den 8. Januar 1887.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
G. Puffon.  
Die Uebereinstimmung mit der Urchrift beurkundet  
Der Gerichtsschreiber:  
Dufner.  
H. 954.3. Nr. 149. Ettenheim. Bäcker **Leopold Stülle Witwe, Elisabetha**, geb. Metzger in Delschweil, bittet um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes. Diefem Gesuch wird durch Gr. Amtsgericht hier entschieden, falls nicht binnen 4 Wochen Einsprache hiergegen erhoben wird.  
Ettenheim, 3. Januar 1887.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:  
Wirth.

**Erbeinweilungen.**  
C. 216.2. Ettenheim. An dem Nachlasse der am 25. Dezember 1886 dahier verstorbenen Ehefrau des **Weyers Martin Karl**, Judische, geborene Klingler, ist deren natürliche Tochter, **Barbara Klingler**, geboren den 29. November 1842, forderungsberechtigt. Diefelbe ist berufen und wird daher zur Vermögensaufnahme und zu den Ertheilungsverhandlungen mit Frist von drei Monaten mit dem Bedeuten öffentlich vorgeladen, daß, wenn sie nicht erscheint, die Erbschaft mit Uebergehung ihrer forderungsberechtigten Denen werde zugetheilt werden, welchen sie zukame, wenn die Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.  
Ettenheim, den 6. Januar 1887.  
Großh. bad. Notar  
Ernst Castorff.  
C. 221. Säckingen. Anton **Berenbach** von Warmbach, unbekannt wo, ist zum Nachlasse des zu Säckingen ledig verstorbenen **Fridolin Berenbach**, Müller, mitberechtigt und wird hiermit zur Vermögensaufnahme und zu den Ertheilungsverhandlungen mit der Auforderung vorgeladen, seine Erbsprüche innerhalb drei Monaten dahier geltend zu machen, ansonst der Nachlass Denenigen zugetheilt wird, Denen er zukame, wenn er zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.  
Säckingen, den 10. Januar 1887.  
Großh. Gerichtsnotar  
Schupp.  
**Handelsregister-Einträge.**  
H. 994. Nr. 235. Lahr. In das Gesellschaftsregister wurde eingetragen: Mit D. 3. 118, Firma **J. Massa** in Lahr: Gesellschaft aufgelöst, Firma mit 1. Januar 1887 erloschen.  
Lahr, den 6. Januar 1887.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Schrödt.

**Strafrechtspflege.**  
Ladungen.  
C. 215.2. Freiburg i. B.  
1. Landwirth **Johann Jakob Schrödenbach** von St. Nikolaus,  
2. Schmied **August Kieninger** von Oberkirch,  
3. Hafner **Fridolin Buhl** von Melskirch,  
4. Tischler **Josef Schinzig** von Holzhausen,  
5. Bäcker **Christian Hartmann** von Hirsingen,  
6. Dienstknecht **Johann Georg Wegstein** von Lantenbach,  
1 in St. Nikolaus, 2, 3, 4, 5 dahier, 6 in Littenweiler zuletzt wohnhaft,  
werden beschuldigt, zu Nr. 1 u. 2 als beurlaubter Reservist, zu Nr. 3, 4, 5 und 6 als Wehrmann der Landwehr ohne Erlaubnis ausgemündert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs.  
Dieselben werden auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Dienstag den 1. März 1887, Vormittags 9 Uhr,  
Borrmittags 9 Uhr,  
zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Königl. Landwehrkommando zu Freiburg und Stodach ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden.  
Freiburg i. B., 31. Dezember 1886.  
Wagner.  
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.  
C. 225.1. Nr. 1669. Karlsruhe. **Leopold Bloch**, geboren am 4. Dezbr. 1864 zu Kirchen, zuletzt in Karlsruhe wohnhaft, wird beschuldigt, als Wehrpflichtiger in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben,  
Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 St. G. B.  
Dieselbe wird auf  
Mittwoch den 9. März 1887,  
Vormittags 8 1/2 Uhr,

vor die I. Strafkammer des Großh. Landgerichts zu Karlsruhe zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Großh. Bezirkskommando zu Pörrach über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatfachen ausgestellten Erklärung vom 18. Dezember 1886 verurtheilt werden.  
Karlsruhe, den 10. Januar 1887.  
Großh. Staatsanwaltschaft.  
Fischer.  
C. 217.1. Nr. 142. Rehl. Der 31 Jahre alte Schuhmacher **Karl Wüst** von Böhersweier, zuletzt in Rehl wohnhaft, wird beschuldigt, als Wehrmann der Landwehr ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein,  
Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.  
Dieselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf:  
Samstag den 26. Februar 1887,  
Vormittags 8 Uhr,  
vor das Gr. Schöffengericht zu Rehl zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Königl. Landwehrkommando zu Pörrach ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.  
Rehl, den 8. Januar 1887.  
Deberle,  
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.  
C. 186.3. Mannheim.  
1. **Karl Ehrbacher**, geboren am 28. Januar 1863 zu Harbheim,  
2. **Basilius Busch**, geboren am 4. März 1863 zu Schweinberg,  
3. **Johann Friedrich Weymann**, geb. am 8. Juli 1866 zu Widdern,  
4. **August Drissel**, geb. am 3. März 1864 zu Mühlheim,  
5. **Immanuel Eifemann**, geb. am 24. September 1863 zu Weiler,  
6. **Karl Richter**, geb. am 15. August 1863 zu Sinsheim,  
sämmtliche zuletzt wohnhaft in Mannheim, und  
7. **Otto Haß**, geb. am 6. Oktober 1863 zu Brezingen, zuletzt wohnhaft in Schwezingen,  
werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben, — Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 St. G. B.  
Dieselben werden auf  
Donnerstag den 24. März 1887,  
Vormittags 11 Uhr,  
vor die I. Strafkammer des Großh. Landgerichts Mannheim zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der St. G. B. von den Civilvorprüfungen der Strafkommissionen zu Buchen, Mühlheim, Neckarflum und Sinsheim über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatfachen ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden.  
Mannheim, den 2. Januar 1887.  
Großh. Staatsanwalt.  
Duffner.

**Berm. Bekanntmachungen.**  
**Holzversteigerung.**  
C. 213.2. Nr. 49. Die Großh. Bezirksforstlei Graben versteigert aus dem Domänenwald Kammerforst:  
**am Donnerstag dem 13. d. M.**  
aus Abthlg. 2 und 4: 71 Ster buchenes, 61 eichenes, 24 gemischtes, 36 forlenes Scheitholz; — 67 Ster buchenes, 27 eichenes, 70 gemischtes, 19 forlenes Prigelholz; — 1450 buchene und eichene, 4770 gemischte, 3675 forlene Wellen; — aus den Abthlg. 2, 4, 8, 16: 180 Ster Stodholz;  
**am Freitag dem 14. d. M.**  
aus Abthlg. 7: 443 Ster buchenes, 105 eichenes, 37 forlenes Scheitholz; — 157 Ster buchenes, 34 eichenes, 9 gemischtes, 15 forlenes Prigelholz; — ferner aus Abthlg. 2, 4, 8, 16, 7, 8, 11, 15, 16: 56 Ster eichenes, 8 eichenes und eiches Prigelholz und Wellenholz; — aus Abthlg. 7: 268 Ster Stodholz; 4224 buchene, 287 gemischte und 275 forlene Wellen;  
**am Samstag dem 15. d. M.**  
aus Abthlg. 8 u. 10: 344 Ster buchenes, 54 eichenes, 16 forlenes Scheitholz; — 128 Ster buchenes, 41 eichenes, 66 gemischtes, 25 forlenes Prigelholz; — 4300 buchene und eichene, 1200 gemischte, 875 forlene Wellen; — 186 Ster Stodholz aus Abthlg. 10.  
Die Versteigerungen werden im Gasthaus zum „Schwan“ in Graben abgehalten und beginnen jeweils Vormittags 9 Uhr.  
Die Waldhüter Kistner in Neudorf und Henke in Neuhard zeigen das Holz auf Verlangen vor.

H. 986. Nr. 193. Salem.  
**Erlebte Deliquistenstelle.**  
Bei unterfertigtem Rentante ist eine Deliquistenstelle mit einem jährlichen Gehalte von 800 Mk. alsbald zu besetzen.  
Werber, nicht über 25 Jahre alt, mit schöner geläufiger Handschrift, wollen ihre Eingaben und Zeugnisse bis zum 15. d. Mts. dahier einreichen.  
Salem, den 7. Januar 1887.  
Großh. Margr. Bad. Rentamt Salem.  
(Mit einer Beilage.)